

Nr. 18/289**Gemeinsame Bund-Länder-Anleihen einführen!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. April 2012
(Drucksache 18/352)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Bestrebungen zur Einführung von Bund-Länder-Anleihen aktiv zu unterstützen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die bei der Herausgabe von Bund-Länder-Anleihen erwirtschafteten Zinsvorteile ausschließlich zur Reduzierung der Kreditaufnahme verwendet werden.

Nr. 18/290**Die Voraussetzungen des Fiskalpakts klären!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. April 2012
(Drucksache 18/354)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass vor der Ratifizierung die Durchführungsbestimmungen des Pakts und seine innerstaatliche Umsetzung geklärt sind. Dabei geht es vor allem um die Ausgestaltung des automatischen Korrekturmechanismus, um die Definition des strukturellen Saldos, um die Aufteilung des zulässigen Defizits auf Bund, Länder und Kommunen, um die Übergangsfristen und um die Einrichtung einer „unabhängigen nationalen Institution“, die den Fiskalpakt überwachen soll. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine eindeutige Klärung, dass die verfassungsrechtlich verankerte Haushaltsautonomie der Länder und die kommunale Selbstverwaltung nicht eingeschränkt werden, und eine Garantie, dass sich durch den Fiskalpakt am vereinbarten Konsolidierungsweg für das Land Bremen nichts ändert.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in die Beratungen des Fiskalpakts die Forderung nach weiteren Maßnahmen einzubringen, die für die erfolgreiche Umsetzung des Vertrags entscheidend sind:
 - Schnellstmögliche Integration des Fiskalpakts in die Europäischen Verträge, möglicherweise auch in Teilschritten. Nicht in zwischenstaatlichen Verträgen, sondern im gemeinsamen Handeln nach der Gemeinschaftsmethode unter Einbeziehung von Europäischem Parlament und Kommission liegt die Zukunft der EU.
 - Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Finanzkrise an den Kosten zu beteiligen, Spekulationen einzudämmen und zur Finanzierung notwendiger Investitionen in den Krisenländern beitragen zu können. Wenn für die Einführung einer solchen Steuer keine Einstimmigkeit möglich ist, muss sie im Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit nach Artikel 20 des EU-Vertrags vollzogen werden.
 - Investitions- und Wachstumsprogramm: Der Sparkurs in den Krisenländern muss durch ein Investitions- und Wachstumsprogramm ergänzt werden, um diesen Ländern eine Perspektive für mehr Beschäftigung, eine bessere Wettbewerbsfähigkeit und eine durch mehr Einnahmen flankierte Sanierung der Haushalte zu eröffnen. Der Fokus muss auf nachhaltigen Investitionen

in Ressourceneffizienz und ökologische Modernisierung, auf moderner Infrastruktur und Innovation liegen. Dafür muss die Europäische Investitionsbank mit höheren Mitteln ausgestattet werden.

- Schuldentilgungsfonds: Die Verpflichtung einer schrittweisen Rückführung des Schuldenstands kann realistisch wohl nur umgesetzt werden, wenn in der Folge ein europäischer Schuldentilgungspakt verabredet wird, zum Beispiel nach den jüngsten Vorschlägen des deutschen Sachverständigenrats.
 - Deutschlandbonds: Wenn Bund und Länder gemeinsam die Verantwortung für den Fiskalpakt gegenüber den Vertragspartnern tragen müssen, sollten sie auch gemeinsame Bund-Länder-Anleihen ausgeben. Solche Deutschlandbonds könnten zu einem durchschnittlich niedrigeren Zinsniveau für deutsche Staatsanleihen führen.
 - Mitwirkungsrechte: Bundestag und Bundesrat müssen beim Fiskalpakt die gleichen Rechte haben wie bei Änderung und Umsetzung der Europäischen Verträge. Der Präsident des Europäischen Parlaments muss an den Treffen des Eurogipfels beteiligt sein.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat um regelmäßige Berichterstattung über den Fortgang der Verhandlungen an die zuständigen Ausschüsse der Bürgerschaft.

Nr. 18/291

Modellprojekt Leichte Sprache starten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/275)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Nr. 18/292

Berichterstattung zur Auseinandersetzung zu Rassismus und Rechtsextremismus im Lande Bremen weiterführen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Februar 2012
(Drucksache 18/277)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. April 2012

(Drucksache 18/353)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum Jahresende 2012 einen in der Kontinuität der Berichte aus den Jahren 1989, 1992, 2000 und 2008 stehenden Bericht über die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Land Bremen vorzulegen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, im Rahmen dieses Berichts seine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus darzustellen. Dabei sind auch die vorhandenen Projekte und deren Finanzierung zu benennen und ihre Wirksamkeit darzustellen. Die Entwicklung der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund seit dem Jahr 2008 soll ebenfalls Bestandteil des Berichts werden.

Weiterhin bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, in seinem Bericht

1. die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu untersuchen,

2. einen weiteren Untersuchungsschwerpunkt auf die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit bei älteren Menschen zu legen und
3. die Überschneidungen zwischen neonazistischen Gruppierungen und kriminellen Milieus wie der Rocker- und Hooliganszene in sogenannten Mischszenen zu beleuchten sowie
4. die besondere Rolle von Frauen in rechtsextremistischen Organisationen zu untersuchen und die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, gerade solchen mit Kindern, bei Ausstiegsprogrammen zu berücksichtigen,
5. die antirassistische Bildungsarbeit in der schulischen und außerschulischen Jugendbildungsarbeit weiterzuentwickeln sowie
6. spezifische Strategien und Projekte zur Auseinandersetzung mit und zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus in den genannten Bevölkerungsgruppen darzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in dem vorzulegenden Bericht auch die Bedeutung und das Engagement nicht staatlicher Organisationen gegen Rechtsextremismus zusammenzustellen und zu würdigen.

Nr. 18/293

Studentischer Wohnungsmarkt: Zwischen Spardruck auf Studentenwerk und Renditeerwartungen an Hedgefonds-Wohnheime

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 28. Februar 2012
(Drucksache 18/279)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. April 2012

(Drucksache 18/333)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/294

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch für psychisch Kranke

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/268)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. die Vereinbarkeit des Bremischen PsychKG mit der internationalen UN-Behindertenrechtskonvention zu überprüfen und zu bewerten;
2. die Bedeutung der einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts sowie die Forderungen von Betroffenen, die sich unter anderem für strengere Vorschriften für Zwangsbehandlungen und -medikationen, für mehr Aufklärung über Nebenwirkungen und für einen besseren Schutz der Privatsphäre von Psychiatriepatientinnen und Psychiatriepatienten einsetzen bezüglich des Novellierungsbedarfs des Bremischen PsychKG zu bewerten;
3. innerhalb der kommenden drei Monate der Bürgerschaft (Landtag) über den gegebenenfalls vorhandenen Novellierungsbedarfs des Bremischen PsychKG zu berichten und der Bürgerschaft (Landtag) entsprechende Änderungen vorzuschlagen.

Nr. 18/295

„Blue Card“ – eine Perspektive für Hochqualifizierte?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. März 2012
(Drucksache 18/291)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2012

(Drucksache 18/342)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/296

Bremen braucht alle Köpfe – Perspektiven für Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen aus Nicht-EU-Ländern verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. März 2012
(Drucksache 18/317)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. sich auf Bundesebene bei der anstehenden Reform des Aufenthaltsrechts für Erleichterungen im Aufenthaltsrecht für ausländische Absolventinnen und Absolventen einzusetzen und dabei insbesondere auf folgende Punkte hinzuwirken:
 - a) eine Erweiterung des Zeitraums zur Arbeitsplatzsuche von derzeit einem auf zwei Jahre,
 - b) eine Absenkung der derzeitigen Mindesteinkommensgrenze auf 33 000 € p. a. für Absolventinnen und Absolventen aus Nicht-EU-Staaten,
 - c) die Abschaffung der Beschränkung der Erwerbstätigkeit auf 90 Tage pro Jahr während dieses Zeitraums sowie
 - d) eine Überprüfung des Begriffs der Angemessenheit der angestrebten Tätigkeit mit dem Ziel einer Flexibilisierung.
2. gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, den Hochschulen im Land Bremen und den Kammern darzustellen, wie das Informationsangebot zu rechtlichen Rahmenbedingungen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für ausländische Absolventinnen und Absolventen verbessert werden kann.
3. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung über die ergriffenen Initiativen Bericht zu erstatten.

Nr. 18/297

Acta ad acta legen und zeitgemäßes Urheberrecht entwickeln

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. März 2012
(Neufassung der Drucksache 18/285 vom 5. März 2012
[Neufassung der Drucksache 18/284 vom 2. März 2012])
(Drucksache 18/299)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf nationaler und europäischer Ebene gegen eine Ratifizierung des ACTA-Abkommens einzusetzen – und eine unverzügliche Offenlegung aller geheimen Nebenvereinbarungen und Begleitdokumente mit dem Ziel einer Neubewertung des ACTA-Abkommens unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, Berücksichtigung der Folgenabschätzung und juristischer Überprüfung einzufordern.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Urheberrecht reformiert und seine Anwendung zur angemessenen Schutzwirkung im Interesse der tatsächlichen Urheber mit den technischen und sozialen Realitäten im digitalen Zeitalter vereinbar wird. Dazu gehört auch die Anerkennung und Förderung neuer gemeinschaftlicher Kulturformen, nicht gewerblicher Kultur- und Wissensproduktionen beispielsweise in Wikis, Blogs und Bürgermedien sowie die Schaffung eines legalen Status für Remixe, Collagen und Mashups, Creative Commons, verwaiste Werke und Blindenwerke.
3. sich für eine wirksame Bagatellregelung bei privaten, nicht kommerziellen Rechtsverletzungen einzusetzen.

4. sich dafür einzusetzen, dass die Wahlfreiheit und die Interessen der Urheber gegenüber den Verwertern gestärkt, Total-Buyout-Klauseln abgeschafft und von Industrie und Wirtschaft alltagstaugliche, faire und soziale Vertriebs- und Bezahlmodelle entwickelt werden.

Nr. 18/298

Sonderfahrberechtigungen für freiwillige Feuerwehren, anerkannte Rettungsdienste und Katastrophenschutzeinheiten einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. März 2012
(Drucksache 18/287)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Verordnung zu erlassen, die Sonderfahrberechtigungen für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 t der Freiwilligen Feuerwehren, der nach Landesrecht anerkannten Rettungsdienste, des Technischen Hilfswerks und sonstiger Einheiten des Katastrophenschutzes ermöglicht.

Nr. 18/299

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2012
(Drucksache 18/289)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 18/300

33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 25. März 2011

(Drucksache 17/1708)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 18/301

Stellungnahme des Senats zum 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 23. August 2011
(Drucksache 18/37)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 18/302

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 33. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 25. März 2011 (Drs. 17/1708) und zur Stellungnahme des Senats vom 23. August 2011 (Drs. 18/37) vom 7. März 2012

(Drucksache 18/290)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/303

Stellenwert des Leistungssports im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. März 2012
(Drucksache 18/286)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2012

(Drucksache 18/341)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/304

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Reduzierung und Beendigung unsicherer Aufenthalte im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 12. März 2012
(Drucksache 18/292)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2012
(Drucksache 18/343)

2. Alphabetisierung im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. März 2012
(Drucksache 18/294)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2012
(Drucksache 18/344)

3. Mehr Gemeinsamkeit beim Abitur: Bremen braucht neue Impulse

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. März 2012
(Drucksache 18/305)

4. „Legal Highs“ verbieten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. März 2012
(Drucksache 18/306)

5. Entwicklungsplan Partizipation und Integration

Mitteilung des Senats vom 20. März 2012
(Drucksache 18/307)

6. Verwaltungsgebühren für Waffenkontrollen

Mitteilung des Senats vom 20. März 2012
(Drucksache 18/309)

7. Einrichtung eines Bahn-Haltepunkts Universität/Technologiepark

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. März 2012
(Neufassung der Drucksache 18/316 vom 20. März 2012)
(Drucksache 18/322)

8. Gesetz zum Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und Gesetz zur Neu-
regelung des Glücksspielrechts – Ratifizierung und Ausführung des Ersten
Glücksspieländerungsstaatsvertrags –
Mitteilung des Senats vom 3. April 2012
(Drucksache 18/329)
1. Lesung

